

## P R O T O K O L L

über die am Mittwoch, dem 7. September 2005, um 19.00 Uhr im Rathaus - Sitzungssaal, 3. Stock, stattgefundene Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Gänserndorf (öffentliche Sitzung).

### Anwesend waren:

Bgmst. Johann Karl	SPÖ
Vzbgmst. Annemarie Burghardt	SPÖ

### Die Stadträte:

Josef Daubeck	SPÖ
Ing. Ernst Escher	SPÖ
Robert Michl	SPÖ
Robert Pintz	SPÖ
Christine Beck	ÖVP
Rene Lobner	ÖVP

### Die Gemeinderäte:

Johann Beier	SPÖ
Kurt Burghardt	SPÖ
Kerstin Cap	SPÖ
Franz Csucker	SPÖ
Ernst Gugler	SPÖ
Franz Irlvek	SPÖ
HR Dr. Gerhard Janda	SPÖ
Olga Pamperl	SPÖ
Josef Pürschl	SPÖ
Christine Rohatsch	SPÖ
Markus Schönbauer	SPÖ
Herbert Schweiger	SPÖ
Michael Tkadlec	SPÖ
Christian Worlicek	SPÖ

Helene Kästner	ÖVP
Dr. Anton Kögler	ÖVP
Johannes Kruty	ÖVP
Roman Reissig	ÖVP
Margarete Scheidl	ÖVP
Rudolf Stöger	ÖVP

Gerhard Krammer	GRÜNE
Ernst Nadler	GRÜNE
Volker Weiss	GRÜNE

Franz Weindl	FPÖ
--------------	-----

Entschuldigt abwesend:

Margit Wilmsen

ÖVP

Schriftführer:

Stadtamtsdirektor Anton Wildmann

Herr Bürgermeister Johann Karl eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Tagesordnung lautet:

**- - - Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -****Berichterstatter: Bürgermeister Johann Karl**

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 22. Juni 2005
2. Stellungnahme zu den Prüfberichten vom 20. Juni 2005 und 18. August 2005
3. Teilverkabelung Johann Marschall Straße – Genehmigung Vereinbarung EVN
4. Änderung des Dienstpostenplanes 2005
5. Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit dem Kreis Zlotoryja (Republik Polen)

**Berichterstatter: Vizebgmst. Annemarie Burghardt**

6. Vergabe Gemeindewohnungen und Genehmigung Mietverträge
7. Sonnenblumenkindergarten – Neugestaltung der Aussenanlagen
8. Hallenbad – Internationaler Seniorentag

**Berichterstatter: StR. Ing. Ernst Escher**

9. Subventionen

**Berichterstatter: StR. Josef Daubeck**

10. Umbau der Kreuzung L11-Oed Aigenstraße – Genehmigung Sondernutzungsvertrag
11. Straßenbeleuchtung – Ankauf von Leuchten
12. Überwachung der Fahrgeschwindigkeit
13. Aufnahme von Verhandlungen für Förderungen des AST (Anrufsammeltaxi)

**Berichterstatter: StR. Robert Pintz**

14. Volkshochschule – Ankauf Videobeamer
15. Kulturherbst 2005
16. Volksschule – Ankauf einer Telekommunikationsanlage
17. Kulturhausgarten Schmied-Villa - Architektenleistungen
18. Beach-Volleyballverein, Grundstück – Genehmigung Pachtvertrag
19. Volksschule, Hort - Einfriedung

**Berichterstatter: StR. Robert Michl**

20. Stadthalle – Ankauf Rollmatten

21. Hallenbad – Kundenbindungssystem „Gans im Glück“ des Werbeteams

**Berichterstatter: StR. Christine Beck**

22. Anbringung einer Bewerbung auf gemeindeeigenem Grundstück

**Berichterstatter: StR. Renè Lobner**

23. Sammelinseln – Altpapier-Sammelbehälter

24. Klimabündnissschwerpunkt – Bildungsschwerpunkt Marchfeld

**- - - N i c h t Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g - - -**

25. Bahnstraße 44 – weitere Vorgangsweise (Bericht)

26. Korrektur Straßenfluchtlinie Pz.Nr. 565/1

27. Zuführung Teilgrundstück Pz.Nr. 1494/203 – Genehmigung Kaufvertrag

28. Abtretungsverträge

29. Safari-Park

30. Personalangelegenheiten

31. Befreiung von der Lustbarkeitsabgabe

32. Förderung Alternativer Energiequellen

33. Zinsenzuschuss für einen Fassadenrenovierungskredit

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag von der ÖVP Gänserndorf (Beilage 1) eingebracht wurde. Herr GR. Rudolf Stöger gibt bekannt, dass er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen (§ 46 Abs. 3 NÖ. Gemeindeordnung) das Recht hat, den Dringlichkeitsantrag als Antragsteller selbst zu verlesen. In weiterer Folge verliest Herr GR. Rudolf Stöger den Dringlichkeitsantrag der ÖVP. Der Dringlichkeitsantrag hat folgenden Inhalt:

- Durchführung von Informationsveranstaltungen zum Thema „Wohnstrassen in Gänserndorf-Süd“, Bürgerbefragung und Umsetzung

Herr Bürgermeister Johann Karl stellt fest, dass die Wohnstraßen im Gesetz eindeutig definiert sind. Weiters gibt er bekannt, dass unter seiner Funktionsperiode keine einzige Wohnstraße verordnet wurde. Stellt daher den Antrag, dass sich der zuständige Ausschuss mit dem Dringlichkeitsantrag der ÖVP befassen soll.

**Der Antrag wird mit 24 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Dr. Anton Kögler, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty) angenommen.**

Herr Dr. Anton Kögler stellt fest, dass zuerst eine Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag erfolgen muss. Danach kann noch immer über den Antrag des Bürgermeisters abgestimmt werden. Stellt weiters fest, dass die Eingabe von Bewohnern des Sandgrubenweges, welche in der Ausschusssitzung vom 14. April 2005 behandelt wurde, seit diesem Zeitpunkt nicht mehr weiter behandelt wurde.

Herr GR. Rudolf Stöger erklärt, dass die ÖVP gegen den Antrag des Bürgermeisters gestimmt hat, weil die ÖVP für den Dringlichkeitsantrag ist.

Herr Bürgermeister Johann Karl ist der Ansicht, dass nicht nur die Wohnstrassen in Gänserndorf Süd überprüft werden sollten, sondern dass alle Wohnstrassen in ganz Gänserndorf überprüft werden sollen. Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder wissen, dass es bereits eine schriftliche Stellungnahme zu Wohnstrassen des Sachverständigen der NÖ. Landesregierung gibt.

Herr GR. Roman Reissig stellt fest, dass die Bürger bei diesem Thema mit eingebunden werden sollen. Der Ausschuss hat auf die Eingaben der Bürger nicht reagiert. Die ÖVP hat daher deshalb den Dringlichkeitsantrag gestellt, damit die betroffenen Bürger in die Entscheidung mit eingebunden werden und dass die Informationsveranstaltungen bzw. die Begehungen mit dem Amtssachverständigen bis Ende Oktober 2005 durchgeführt werden.

Herr Stadtrat Robert Pintz stellt fest, dass es bereits unter dem Ausschussvorsitzenden Dr. Anton Kögler Bürgerbefragungen bezüglich Wohnstrassen gegeben hat. Da diese Befragungen bereits längere Zeit zurückliegen versteht er jetzt die Dringlichkeit nicht.

Herr GR. Roman Reissig ist der Ansicht, dass die Wohnstrassen durch den Amtssachverständigen des Landes NÖ. überprüft werden sollen. Sollte der Amtssachverständige feststellen, dass die Wohnstrassen nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, so muss man sich überlegen, ob man die Wohnstrassen gesetzeskonform adaptiert bzw. ob man diese auflässt. Seiner Meinung nach muss für die Adaptierung der Strassen als Wohnstrassen sehr viel Geld zur Verfügung gestellt werden. Da die Stadtgemeinde Gänserndorf wenig Spielraum bezüglich Verteilung der notwendigen Mittel hat, wird die Ausgestaltung der Wohnstrassen im Budget keine Zustimmung finden.

Herr GR. Dr. Anton Kögler stellt fest, dass ein Stadtrat keine Verordnungen erlassen darf. Speziell in einer Siedlung ist das Thema „Wohnstraße“ sehr brisant, was auch der Bürgermeister weiß. Er sollte daher das Thema nicht weiter schieben.

Herr GR. Volker Weiss ist der Meinung, dass seitens der Gemeindemandatare sehr interessante Wortmeldung zum Thema „Wohnstrasse“ abgegeben wurden. Der Dringlichkeitsantrag der ÖVP sollte als Initialzündung gesehen werden. Auf jeden Fall sollte der Bürger in die Entscheidungsfindung miteingebunden werden. Bei diesen Informationsveranstaltungen soll dann genau erläutert werden, wie eine Wohnstraße aussehen muss. Es muss den betroffenen Bürgern genau erläutert werden, dass bei einer Wohnstraße auch keine Autos durchfahren dürfen bzw. wenn die entsprechenden Parkflächen nicht ausgebaut sind auch keine Autos parken dürfen.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt nochmals ausdrücklich fest, dass die ÖVP mit ihrem Dringlichkeitsantrag insbesondere Informationsveranstaltungen und Begutachtung durch Sachverständige fordert.

Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt fest, dass der Bürgermeister für die Auflassung von Wohnstrassen zuständig ist.

Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, dass dem Dringlichkeitsantrag der ÖVP Gänserndorf die Dringlichkeit zuzustimmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Antrag soll unter Punkt 1 a behandelt werden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

**Punkt 1:** Der Bürgermeister berichtet, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 2005 während der Auflagefrist keine Einwendungen vorgebracht wurden. Das Protokoll ist somit genehmigt.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

**Punkt 1a:** Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, dass der zuständige Ausschuss alle Straßenzüge von ganz Gänserndorf, in welchen Wohnstrassen verordnet sind, auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen soll. Es soll die nochmalige Überprüfung aller Wohnstrassen unter Beiziehung eines Sachverständigen stattfinden. Danach sollen die betroffenen Bürger über das Ergebnis informiert werden und die entsprechenden Maßnahmen veranlasst werden.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt den Antrag, dass über den Dringlichkeitsantrag der ÖVP (Beilage 1), wie er dem Gemeinderat vorgelegt wurde, ebenfalls abgestimmt werden soll.

**Der Antrag des Bürgermeisters wird mit 24 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Dr. Anton Kögler, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty) angenommen.**

**Der Antrag des Herrn GR. Rudolf Stöger wird mit 24 Stimmen gegen 8 Stimmen (ÖVP – StR. Christine Beck, StR. Rene Lobner, GR. Rudolf Stöger, GR. Margarete Scheidl, GR. Helene Kästner, GR. Dr. Anton Kögler, GR. Roman Reissig, GR. Johannes Kruty) abgelehnt.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 2:** Der Bürgermeister Johann Karl berichtet, dass am 20. Juni 2005 und am 18. August 2005 Prüfungsausschusssitzungen stattgefunden haben. Gibt in weiterer Folge bekannt, dass seine Stellungnahme und die Stellungnahme des Kassenverwalters zu den Prüfungsausschussberichten (Beilage 2) vorliegen bzw. dem Akt beigelegt wurden.

**Wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 3:** Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass beiliegende Vereinbarung mit der EVN vom 31.7.2005 Nr. BB-DW-2005-009, betr. der Teilverkabelung der Johann Marschall-Straße, genehmigt werden soll.

Die anteiligen Kosten in der Höhe von € 6.000,-- werden von der EVN erst im Jänner 2006 in Rechnung gestellt.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 4:** Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Dienstpostenplan für 2005 wie folgt geändert werden soll:

- unter der lfd. Nr. 23, VA-Ansatz 211100, Hort, soll das Beschäftigungsausmaß von 37 h/Wo auf 40 h/Wo erhöht werden
- unter der lfd. Nr. 24, VA-Ansatz 211100, Hort, soll \*\*) Aushilfskraft mit befristeten Dienstvertrag gestrichen werden und das Beschäftigungsausmaß von 25 h/Wo auf 32 h/Wo erhöht werden
- unter der lfd. Nr. 26, VA-Ansatz 211100, Hort, soll \*\*) Aushilfskraft mit befristeten Dienstvertrag gestrichen werden
- unter der lfd. Nr. 27, VA-Ansatz 211100, Hort, soll das Beschäftigungsausmaß von 20 h/Wo auf 27 h/Wo erhöht werden
- unter der lfd. Nr. 42, VA-Ansatz 240200, Kindergarten Gänserndorf Süd, soll \*\*) Aushilfskraft mit befristeten Dienstvertrag gestrichen werden
- unter der lfd. Nr. 57a, VA-Ansatz 817, Friedhof, soll ein Dienstposten \*\*) Aushilfskraft mit befristeten Dienstvertrag, Dienstzweig 15, Vertragsbediensteten Entlohnungsgruppe 2, Beschäftigungsausmaß 40 h/Wo, eingefügt werden
- unter der lfd. Nr. 63a, VA-Ansatz 821000, Bauhof, soll ein Dienstposten \*\*) Aushilfskräfte mit befristeten Dienstvertrag, Dienstzweig 9, Vertragsbediensteten Entlohnungsgruppe 4, Beschäftigungsausmaß 40 h/Wo, eingefügt werden
- unter der lfd. Nr. 69a, VA-Ansatz 821000, Bauhof, soll ein Dienstposten Dienstzweig 11, Vertragsbediensteten Entlohnungsgruppe 3, Beschäftigungsausmaß 40 h/Wo, eingefügt werden
- unter der lfd. Nr. 88, VA-Ansatz 900000, Buchhaltung, soll \*\*) Aushilfskräfte mit befristeten Dienstvertrag eingefügt werden

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Wildmann

**Punkt 5:** Der Bürgermeister Johann Karl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die vorliegende Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Stadtgemeinde Gänserndorf mit dem Kreis Zlotoryja (Republik Polen) genehmigt werden soll.

Herr GR. Volker Weiss stellt fest, dass diesem Antrag eine Vereinbarung in zwei Sprachen beigelegt wurde. Stellt die Frage, wer bei dieser Zusammenarbeit federführend ist. Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass die Stadt aus Polen federführend ist. Stellt jedoch fest, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf bereits Partnerschaften mit Städten aus der Slowakei und Tschechien abgeschlossen hat. Die vorliegende Vereinbarung ist seiner Meinung nach die letzte diesbezügliche Vereinbarung, welche von der Stadtgemeinde Gänserndorf abgeschlossen wird. Aus dieser Vereinbarung entstehen für die Stadtgemeinde Gänserndorf keinerlei finanzielle Belastungen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 6:** Frau Vizebürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass an

- a) Frau BREIMANN Andrea die Gemeindewohnung Nr. 14 im Wohnblock Ziegelofengasse 3 (vorm. Reischütz Dagmar) bestehend aus 1 Zimmer, Küche, Vorraum, WC und Bad im Ausmaß von 36,32 m<sup>2</sup> zu einem derzeitigen Mietpreis von € 2,08 + BK + Ust. nach den

Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung), ab Rückgabe der Wohnung (spätestens Dezember 2005) und an

- b) Frau SCHWARZ Hedwig die Gemeindewohnung Nr. 1, im Wohnblock Wiener Straße 90 (vorm. Manfred Gunsam) bestehend aus 1 Zimmer, 1 Kabinett, Küche, Vorraum, WC und Bad im Ausmaß von 42,75 m<sup>2</sup> zu einem derzeitigen Mietpreis von € 2,08 + BK + Ust. nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes (Kat. B mit Indexsicherung), ab Rückgabe der Wohnung (spätestens Dezember 2005)

vermietet werden soll.

Weiters möge der Gemeinderat die **vorliegenden Mietverträge**, abgeschlossen ab der jeweiligen Übernahme der Wohnungen, betr. Vermietung der Gemeindewohnungen

- a) Ziegelofengasse 3/14 und  
b) Wiener Straße 90/1

beschließen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 7:** Frau Vizebürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Neugestaltung der Außenflächen und der Erneuerung des Einfahrtstores des Sonnenblumenkindergartens die offenen Beträge der Haushaltsstellen „Betriebsausstattung und Instandhaltung Gebäude“ (ca. € 3.000,-) für die diversen Leistungen (Erdbewegungen, Bepflanzung, div. Materialien usw.) zur Verfügung gestellt werden sollen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 8:** Frau Vizebürgermeister Annemarie Burghardt stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass im Zuge der jährlichen Aktion „Internationaler Seniorentag“ die in Gänserndorf wohnhaften Senioren, Schüler und Studenten nach Vorlage der jeweiligen Ausweise, jeweils am ersten Wochenende im Oktober eines jeden Jahres im Hallenbad Gänserndorf freien Eintritt haben.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 9:** Herr Stadtrat Ing. Ernst Escher stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der MBM, Marchfelder Beauty Messe, Fr. Mag. Katalin Fegerl, aufgrund des Ansuchens vom 5. August 2005 für die Veranstaltung „Marchfelder Beauty Messe 2006“ vom 11. und 12. März 2006 ein 40 %-iger Nachlass auf die Stadthallenmiete gewährt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 10:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegender Sondernutzungsvertrag mit dem Land NÖ Nr. BA3-SN-16/001-2005, betr. des Umbaues der Kreuzung L11-Oed Aigenstraße, genehmigt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 11:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Straßenbeleuchtung, und zwar für den Geh- und Radweg Gänserndorf Süd entlang der L11 im Bereich zwischen Silberwaldstraße und Oed Aigenstraße, bei der Firma Philips 20 Garnituren Rondolux-Leuchten zu Kosten von gesamt € 9.336,- inkl. USt. lt. Anbot vom 11.4.2005 angekauft werden sollen.

Die Bedeckung soll über die Haushaltsstelle 1/612000-010000 (Gemeindestraßen, Gebäude, Buswartehäuschen) erfolgen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 12:** Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Fa. Velo Meter mit der mobilen Radarüberwachung auf weitere 3 Monate ab 1.9.2005 bis 30.11.2005 beauftragt werden soll.

Die Stadtgemeinde Gänserndorf führt seit Juli/04 mobile Messungen im Stadtgebiet durch. Da sich diese Massnahme bewährt, soll eine Beauftragung auch 2005 auf weitere 3 Monate erfolgen. Die Fa. Velometer bietet die Leistungen mit € 5.000,- pro Monat und € 1,90 je Anzeige an.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, ob die Messungen auch in der Nacht durchgeführt werden. Sollte dies nicht der Fall, soll könnte man überlegen, ob man Nachtmessungen nicht wieder einführt. Herr Stadtrat Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass zur Zeit keine Messungen in der Nacht durchgeführt werden. Man kann es jedoch wieder probieren, wenn Veranstaltungen abgehalten werden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 13:** Herr Stadtrat Josef Daubeck berichtet, dass auf Grund von Gesprächen mit Vertretern des VOR und des Landes Niederösterreich die Möglichkeit besteht, Förderungen zum AST zu bekommen. Dabei sind jedoch Maßnahmen zu treffen, welche besprochen werden müssen.

Herr Stadtrat Josef Daubeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle grundsätzlich beschließen, dass Gespräche bzw. Verhandlungen mit den amtlichen Vertretern des Landes Niederösterreich und mit Vertretern des VOR über die Installation eines AST



(Anrufsammeltaxi) bzw. über die Förderungsmöglichkeiten des AST (Anrufsammeltaxi) geführt werden sollen.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, warum der Gemeinderat einen Beschluss fassen muss, wenn nur Verhandlungen geführt werden sollen. Herr Stadtrat Josef Daubeck gibt hierzu bekannt, dass das Amt der NÖ. Landesregierung einen Gemeinderatsbeschluss benötigt.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 14:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nachträglich den bei der Fa. Elektro-Mörth GmbH, 2230 Gänserndorf angekauften Home Cinema Projektor (Videobeamer) NEC VT 670 zum Preis von € **1.319,-** beschlossen werden soll.

Der Videobeamer wird von der Volkshochschule für diverse Veranstaltungen benötigt und wurde über das Budget der VHS bezahlt. Das Einverständnis der Fraktionsobmänner vor dem Kauf wurde eingeholt. Das Gerät wurde von der Fa. Mörth zum gleichen Preis geliefert, zu welchem auch die zuständige Bundesbeschaffungsstelle das Gerät einkauft.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 15:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für den Kulturherbst 2005 Ausgaben in der Gesamthöhe von € **2.920,-** für Veranstaltungen (Beilage 3) genehmigt werden soll und entsprechende Engagementverträge abgeschlossen werden. Rückflüsse aus Veräußerungen, Verkäufen und freien Spenden sollen dem Kulturbudget zufließen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Petsche

**Punkt 16:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund des Angebotes der Firma Elektro Mörth GmbH vom 11.08.05 beschließen, dass für die Volksschule eine Telekommunikationsanlage ISDN TK Anlage 6 analoge Teilnehmer und 3 Telefonanlagen Siemens Gigaset A200 zu einem Preis von € 734,83 inkl. Ust. angekauft werden sollen. Das Angebot der Firma Elektro Mörth GmbH ist kostengünstiger als das der Telekom Austria (€ 1170,-). Durch diese Anlage sollen die Anrufer nicht mehr über die Gemeinde-Vermittlung sondern direkt bei der Volksschule anrufen können.

Durch die direkte Anbindung können die 3 Mietleitungen für außenliegende Nebenstellen gekündigt werden, wodurch sich die Gemeinde monatlich € 36,- exkl. Ust. an Mietkosten erspart = jährlich € 432,-.

Die oben genannte Ausgabe soll unter der HH-Stelle 1/211-0433 eingespart werden.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 17:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für das Stadterneuerungsprojekt „Kulturhausgarten Schmied-Villa“ die Architektengemeinschaft Karoline Streeruwitz und Florian Sammer mit der Generalplanung (inkl. Landschaftsplanung, Statik und Bauphysik), örtlichen Bauaufsicht und Planungs- und Baustellenkoordination zu maximalen Honorarkosten von € 86.754,- inkl. USt. zu den Bedingungen lt. Honoraranbot vom 13.6.2005 bei Gesamtherstellungskosten von € 500.000,- inkl. USt. beauftragt werden soll.

Mit den erforderlichen Vermessungsarbeiten soll das Vermessungsbüro DI. Erich Brezovsky beauftragt werden.

Frau Stadtrat Christine Beck stellt die Frage, wie hoch die Förderungen sind. Herr Stadtrat Robert Pintz stellt hierzu fest, dass seitens der Dorf- und Stadterneuerung Mittel zugesagt wurde. Eine schriftliche Zusage ist bis jetzt jedoch noch nicht erfolgt. Frau Stadtrat Christine Beck gibt zu bedenken, dass im Falle einer geringeren Subventionierung ein Budgetloch entsteht.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt fest, dass erst Kostenvoranschläge eingeholt werden müssen. Herr Stadtrat Robert Pintz gibt hierzu bekannt, dass nach Einholung der Kostenvoranschläge bzw. Ermittlung der Kosten Förderungszusagen seitens des NÖ. Landes möglich sind.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, ob die Einrichtung der Hütten seitens der Pächter zur Verfügung gestellt wird bzw. wie eine weitere Vermietung möglich ist. Weiters wird die Frage gestellt, ob man sich auch bezüglich des Lärms Gedanken gemacht hat. Herr Stadtrat Robert Pintz gibt hierzu bekannt, dass seitens Herrn Dipl.Ing. Ertl Lärmmessungen durchgeführt wurden. Seitens des Herrn Dipl.Ing. Ertl wurden auch diverse Vorschläge zum Lärmschutz unterbreitet. Bezüglich der Weitervermietung der Hütten müssen noch Verhandlungen geführt werden.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, ob der Architekt bei Mängeln verantwortlich gemacht werden kann. Herr Stadtrat Robert Pintz gibt hierzu bekannt, dass der Architekt bei Mängeln verantwortlich gemacht werden kann.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Herr Stadtrat Rene Lobner verlässt werden Befangenheit den Sitzungssaal.

**Punkt 18:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass vorliegender Pachtvertrag mit dem Beach Volleyballverein Gänserndorf, betr. Zurverfügungstellung eines Grundstückes bei der Umfahrungsstraße Nord Parz. Nr. 2244/3 (ca. 2000m<sup>2</sup>), genehmigt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

Herr Stadtrat Rene Lobner betritt wieder den Sitzungssaal.

**Punkt 19:** Herr Stadtrat Robert Pintz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass für die Errichtung einer Einfriedung beim Hort der Volksschule für den Ankauf des erforderlichen Materials (Baumax bzw. Fetter) und sonstigen Leistungen Kosten von max. € 3.500,-- inkl. USt. zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Errichtung erfolgt in Eigenregie durch den Bauhof.

Die Bedeckung soll über die Einnahmen aus der Stadterneuerung für die Kinderspielplätze erfolgen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 20:** Herr Stadtrat Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass nach einer Anbotseinholung bei der Firma Sport Christian 4 Stk. rollbare Bodenturnmatten 14,00 x 2,00m (Ersatzanschaffung) zu Kosten von € 6.171,38 exkl. USt. lt. Anbot vom 16.8.2005 für die Stadthalle angekauft werden sollen.

Da bei der Betriebsaustattung nicht die vollen Kosten abgedeckt werden können, soll die restliche Bedeckung über die Haushaltsstellen 1/263000-614000 (Instandhaltung Gebäude) und 1/263000-618000 (Instandhaltung sonstige Anlagen) erfolgen.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 21:** Herr Stadtrat Robert Michl stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass beiliegende Vereinbarung für die Teilnahme am Kundenbindungssystem „Gans im Glück“ des Werbeteams, und zwar für das Hallenbad, genehmigt werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Ing. Hinczica

**Punkt 22:** Frau Stadtrat Christine Beck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Bewerbung auf dem Bohrturm angebracht werden darf. Als Kostenbeitrag sollen jährlich € 1.000,-- als Miete vorgeschrieben werden.

Am Bohrturm, welcher am Spielplatz in der Bauhofgasse zur Aufstellung gebracht wurde, sollen Bewerbungen für die Fa Pallan in Gänserndorf, Bahnstraße erfolgen. Es ist angedacht, dass auf allen vier Seiten des oberen Plateaus Transparente im Ausmaß von 3,4 m x 1,10 m angebracht werden.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt die Frage, ob die am 12. Dezember 2001 beschlossene Werbeständerverordnung noch Gültigkeit hat.

Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass er mit Frau Christine Pallan bezüglich der Werbung durch Firmen, welche für Alkohol Werbung machen, gesprochen hat.

Seitens Frau Christine Pallan wird die Werbung von der Firma Schlumberger bzw. Gösler finanziert. Es gibt jedoch in Gänserndorf auf anderen Werbeflächen ebenfalls eine Werbung für alkoholische Getränke. Würde man für die beworbenen Flächen durch die Firma Pallan das gleiche wie die Firma Gewista verlangen, so müsste die Firma Pallan ca. € 6.000,-- jährlich bezahlen. Es sollte jedoch im Gemeinderatsbeschluss verankert werden, dass der Vertrag beiderseitig jährlich zum 30. September kündbar ist und die Einnahmen für den Erlebnisspielplatz verwendet werden sollen.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt nochmals die Frage, ob die Werbeständerverordnung für öffentlichen Grund noch Gültigkeit hat. Herr Stadtrat Robert Pintz stellt hierzu fest, dass es sich bei dem Platz, auf welchem der Bohrturm aufgestellt ist, um einen Privatgrund der Stadtgemeinde Gänserndorf und nicht um einen öffentlichen Grund handelt.

Herr GR. Rudolf Stöger stellt den Antrag, dass die Gemeinderatssitzung zwecks fraktioneller Beratung für fünf Minuten unterbrochen werden soll.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Die Gemeinderatssitzung wird um 20,02 Uhr für fünf Minuten unterbrochen.

Die Gemeinderatssitzung wird um 20,07 Uhr fortgesetzt.

Herr Bürgermeister Johann Karl stellt den Zusatzantrag, dass der Vertrag beiderseitig zum 30. September jährlich kündbar ist und dass die Einnahmen aus diesem Vertrag für den Erlebnisspielplatz verwendet werden sollen.

**Der Antrag und der Zusatzantrag werden mit 31 Stimmen gegen eine Stimme (Stimmhaltung – SPÖ, StR. Josef Daubeck) angenommen.**

Bearbeiter: Gindl

**Punkt 23:** Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass aufgrund einer Empfehlung des Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschusses beschlossen werden soll, dass von sämtlichen Altstoff-Sammelinseln in Gänserndorf sämtliche Sammelbehälter für Altpapier entfernt werden.

Die an Straßenrändern aufgestellten metallenen Sammelbehälter für Altpapier sollen vorerst noch stehen bleiben.

Herr GR. Franz Weindl findet es problematisch, dass die Altpapiercontainer bei den Sammelinseln weggenommen werden sollen. Altpapier und Kartonagen sind im Steigen. Es sollte vielmehr überlegt werden, ob man nicht die Abfuhrintervalle verkürzt.

Herr Bürgermeister Johann Karl stellt hierzu fest, dass die Gänserndorfer nicht das Problem sind. An und für sich wird immer wieder festgestellt, dass bei den Sammelinseln Bewohner aus den umliegenden Gemeinden ihren Müll deponieren. Es kann nicht sein, dass die Stadtgemeinde Gänserndorf den Müll der umliegenden Gemeinden entsorgt.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt fest, dass die Gänserndorfer Bevölkerung sehr gut bei der Mülltrennung mitmacht. Es wird auch seitens der Stadtgemeinde Gänserndorf umfangreiche Information (Gemeindezeitung, Plakate, etc.) für die Bevölkerung erfolgen. Es werden auch größere Papierbehälter zur Verfügung gestellt.

Herr GR. Franz Weindl hat trotzdem die Befürchtung, dass die Auswärtigen ihren Müll weiter lose bei den Sammelniseln deponieren. Herr Bürgermeister Johann Karl stellt hierzu fest, dass die Gemeinde dies intensiv kontrollieren wird und entsprechende Gegenmaßnahmen setzen wird.

Herr GR. Volker Weiss ist für diesen Antrag, wenn die Bevölkerung dies will bzw. wenn größere Behälter zur Verfügung gestellt werden.

**Der Antrag wird mit 31 Stimmen gegen eine Stimme (Gegenstimme – FPÖ, GR. Franz Weindl) angenommen.**

Bearbeiter: Lang

**Punkt 24:** Herr Stadtrat Rene Lobner stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Gemeinde Gänserndorf im Rahmen des Klimabündnisschwerpunktes grenzenlos am Projekt "Bildungsschwerpunkt Marchfeld" teilnehmen soll.

Bei diesem handelt es sich im Wesentlichen um 3 Workshops im Gymnasium (mit Dir. Grabscheit abgesprochen), 1 Ausstellung (voraussichtlich in der Eingangshalle des Rathauses) sowie ein Planungsseminar für die Lehrer.

Die Kosten für dieses Projekt betragen € 4.315,--. Eine Förderung in Höhe von € 3.710,90 wurde von der NÖ Landesregierung bereits zugesagt.

Herr Stadtrat Rene Lobner stellt hierzu fest, dass es für ihn befremdend war, dass er als zuständiger Stadtrat so kurzfristig informiert wurde. Herr Bürgermeister Johann Karl gibt hierzu bekannt, dass das Ansuchen kurzfristig gestellt werden musste, da Herr Direktor Grabscheit es nach dem Termin erst vorgelegt hat. Die Gemeinde hat dieses Ansuchen nur mit der Auflage einer Bewilligung einer Förderung durch das Land Niederösterreich befürwortet. Dieses Projekt wird mit 86 % seitens des Landes Niederösterreich gefördert.

Herr Stadtrat Robert Pintz ist der Ansicht, dass bei den Ortseinfahrten die Klimabündnistafeln angebracht werden sollten. Herr Stadtrat Rene Lobner teilt mit, dass Herr Dr. Michael Koth zur Zeit die rechtliche Situation prüft.

**Der Antrag wird einstimmig angenommen.**

Bearbeiter: Lang

Ende der Sitzung: 20,55 Uhr

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

Für die SPÖ:

Für die ÖVP:

Für die FPÖ:

Für die GRÜNEN: